

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1980

Ausgegeben am 24. Juli 1980

130. Stück

- 333.** Verordnung: Änderung der Gastgewerbe-Befähigungsnachweisverordnung  
**334.** Verordnung: Verwendung von Geldstrafen und Geldbußen  
**335.** Verordnung: Ausstellung von Warenverkehrsbescheinigungen im vereinfachten Verfahren  
**336.** Kundmachung: Aufhebung von Bestimmungen im ASVG und Ausspruch der Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen im GSPVG und B-PVG durch den Verfassungsgerichtshof

**333. Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 8. Juli 1980, mit der die Gastgewerbe-Befähigungsnachweisverordnung geändert wird**

Auf Grund des § 22 Abs. 3 und des § 193 Abs. 1 Z 1 der Gewerbeordnung 1973, BGBl. Nr. 50/1974, wird verordnet:

Die Gastgewerbe-Befähigungsnachweisverordnung, BGBl. Nr. 387/1974, in der Fassung der Z 18 der Kundmachung BGBl. Nr. 381/1975 und der Verordnung BGBl. Nr. 385/1976 wird wie folgt geändert:

Im § 10 Abs. 4 ist das Datum „31. Juli 1980“ durch das Datum „31. Juli 1981“ zu ersetzen.

Staribacher

**334. Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 9. Juli 1980 über die Verwendung von Geldstrafen und Geldbußen**

Auf Grund des § 127 Abs. 3 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979, BGBl. Nr. 333, wird verordnet:

§ 1. Geldstrafen und Geldbußen, die nach § 92 Abs. 1 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 über Hochschullehrer aus dem Bereich des Zentralausschusses für Hochschullehrer verhängt worden sind, hat der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung nach Anhörung dieses Zentralausschusses zur Linderung von Notlagen zu verwenden, in die im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehende Hochschullehrer aus diesem Zentralausschußbereich unverschuldet geraten sind.

§ 2. Geldstrafen und Geldbußen, die nach § 92 Abs. 1 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 über Beamte aus dem Bereich des Zentralausschusses

für die sonstigen Bediensteten verhängt worden sind, hat der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung nach Anhörung dieses Zentralausschusses zur Linderung von Notlagen zu verwenden, in die Beamte aus diesem Zentralausschußbereich unverschuldet geraten sind.

Firnberg

**335. Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 14. Juli 1980 über die Ausstellung von Warenverkehrsbescheinigungen im vereinfachten Verfahren**

Auf Grund des § 13 des EG-Abkommen-Durchführungsgesetzes, BGBl. Nr. 468/1972, des § 10 des EFTA-Durchführungsgesetzes 1973, BGBl. Nr. 118, und des § 11 des EFTA-Spanien-Durchführungsgesetzes, BGBl. Nr. 247/1980, wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie verordnet:

§ 1. Auf Antrag ist nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ein vereinfachtes Verfahren zur Ausstellung von Warenverkehrsbescheinigungen nach

dem Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 22. Juli 1972, BGBl. Nr. 466,

dem Abkommen zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits vom 22. Juli 1972, BGBl. Nr. 467,

dem Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), BGBl. Nr. 100/1960,

dem Übereinkommen zur Schaffung einer Assoziation zwischen den Mitgliedstaaten der

Europäischen Freihandelsassoziation und der Republik Finnland, BGBl. Nr. 193/1961, dem Übereinkommen zwischen den EFTA-Ländern und Spanien, BGBl. Nr. 245/1980, zu bewilligen.

§ 2. (1) Eine Bewilligung nach § 1 ist nur Personen zu erteilen, die

- a) kaufmännische Bücher ordnungsgemäß führen und
- b) Gewähr dafür bieten, daß sie die für die Ausstellung von Warenverkehrsbescheinigungen maßgebenden Bestimmungen der im § 1 genannten völkerrechtlichen Verträge und die zu deren Durchführung erlassenen Rechtsvorschriften einhalten.

(2) Für die Erteilung der Bewilligung sind die Zollämter erster Klasse zuständig.

§ 3. (1) Der durch eine Bewilligung nach § 1 Begünstigte, im folgenden „ermächtigter Exporteur“ genannt, steht unter besonderer Zollaufsicht nach § 26 des Zollgesetzes 1955 im Sinne des § 7 Abs. 4 des EG-Abkommen-Durchführungsgesetzes, im Sinne des § 4 Abs. 4 des EFTA-Durchführungsgesetzes und im Sinne des § 5 Abs. 4 des EFTA-Spanien-Durchführungsgesetzes.

(2) Der ermächtigte Exporteur ist verpflichtet, die Vordrucke der Warenverkehrsbescheinigungen entsprechend den im § 1 genannten Verträgen und den zu deren Durchführung erlassenen Rechtsvorschriften sorgfältig, vollständig und wahrheitsgemäß auszufüllen.

(3) Der ermächtigte Exporteur ist berechtigt, ohne Mitwirkung der Zollbehörde die von ihm entsprechend Abs. 2 ausgefüllten Warenverkehrsbescheinigungen und Anträge zu diesen durch Abdruck des in der Anlage abgebildeten Sonderstempels in der für den Sichtvermerk der Zollbehörde bestimmten Rubrik zu versehen, wenn die für die betreffende Warenverkehrsbescheinigung maßgebenden Bestimmungen des jeweils anwendbaren, im § 1 genannten Vertrages erfüllt sind. Macht er von dieser Ermächtigung Gebrauch, so darf er überdies zutreffendenfalls den Vermerk gemäß Art. 25 Abs. 2 des Protokolls Nr. 3 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und gemäß Art. 25 Abs. 2 des Anhangs B des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation in der Rubrik „Bemerkungen“ der Warenverkehrsbescheinigung mit dem Abdruck des in der Anlage abgebildeten Sonderstempels versehen.

(4) Der ermächtigte Exporteur ist verpflichtet, die von ihm ausgefüllten und nach Abs. 3 mit dem Sonderstempel versehenen Anträge auf Ausstellung einer Warenverkehrsbescheinigung und alle nach der Lage des Einzelfalles erforderlichen und geeigneten Unterlagen für die Über-

prüfung der Ursprungsseignschaft der Waren, für die eine Warenverkehrsbescheinigung im vereinfachten Verfahren ausgestellt worden ist, drei Jahre ab Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigung aufzubewahren.

§ 4. Die Bewilligung ist zu widerrufen,

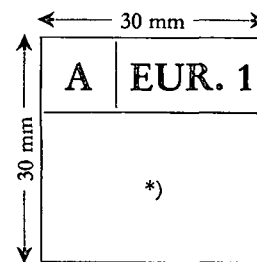
- a) wenn sich die tatsächlichen Verhältnisse, die für ihre Erteilung maßgebend waren, geändert haben oder
- b) wenn die Bewilligung mißbräuchlich ausgenützt worden ist oder
- c) wenn den auferlegten Verpflichtungen nicht entsprochen worden ist.

§ 5. (1) Diese Verordnung tritt mit 1. August 1980 in Kraft.

(2) Die Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 16. November 1974, BGBl. Nr. 713, über die Ausstellung von Warenverkehrsbescheinigungen im vereinfachten Verfahren tritt mit Ablauf des 31. Juli 1980 außer Kraft.

Androsch

Anlage



\*) Name (Firma) des „ermächtigten Exporteurs“

### 336. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 9. Juli 1980 über die Aufhebung von Worten in § 259 Abs. 1 ASVG und den Anspruch der Verfassungswidrigkeit von Worten in § 78 GSPVG und § 74 Abs. 1 B-PVG durch den Verfassungsgerichtshof

Gemäß Art. 140 Abs. 5 B-VG und gemäß dem § 64 des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953, BGBl. Nr. 85, wird kundgemacht:

(1) Der Verfassungsgerichtshof hat mit seinem Erkenntnis vom 26. Juni 1980, G 6/79, G 25/79 und G 54/79, dem Bundeskanzler zugestellt am 8. Juli 1980,

1. in § 259 Abs. 1 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes — ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, in der Fassung des Art. XIV Z 5 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 280/1978 die Worte „wenn diese seinen Lebensunterhalt überwiegend bestritten hat und er im Zeitpunkt ihres Todes erwerbsunfähig und be-

- dürftig ist, solange die beiden letzten Voraussetzungen zutreffen“ als verfassungswidrig aufgehoben;
2. ausgesprochen, daß in § 78 des Gewerblichen Selbständigen Pensionsversicherungsgesetzes — GSPVG, BGBl. Nr. 292/1957, die Worte „wenn diese seinen Lebensunterhalt überwiegend bestritten hat und er im Zeitpunkt ihres Todes dauernd erwerbsunfähig (§ 74) und bedürftig ist, solange die beiden letzten Voraussetzungen zutreffen“ verfassungswidrig waren;
3. ausgesprochen, daß in § 74 Abs. 1 des Bauern-Pensionsversicherungsgesetzes — B-PVG, BGBl. Nr. 28/1970, in der Fassung des Art. XVI Z 1 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 280/1978 die Worte „wenn diese seinen Lebensunterhalt überwiegend bestritten hat und er im Zeitpunkt ihres Todes dauernd erwerbsunfähig (§ 70) und bedürftig ist, solange die beiden letzten Voraussetzungen zutreffen“ verfassungswidrig waren.
- (2) Die Aufhebung der Worte in § 259 Abs. 1 ASVG tritt mit Ablauf des 26. Juni 1981 in Kraft.
- (3) Zur Aufhebung der Worte in § 259 Abs. 1 ASVG hat der Verfassungsgerichtshof weiters ausgesprochen, daß frühere Vorschriften nicht wieder in Wirksamkeit treten.

**Kreisky**



**AMTLICHE SAMMLUNG**  
**WIEDERVERLAUTBARER**  
**ÖSTERREICHISCHER RECHTSVORSCHRIFTEN**

Folgende Hefte sind lagernd:

<p style="text-align: center;"><b>1945:</b></p> <p>Heft 3: Vergnügungssteuergesetz für Wien... S 1—</p> <p style="text-align: center;"><b>1949:</b></p> <p>Heft 3: Wuchergesetz 1949 ..... S 1—</p> <p style="text-align: center;"><b>1950:</b></p> <p>Heft 2/3: Verwaltungsverfahren — Agrarverfahrens-Gesetz ..... S 15—</p> <p>Heft 4: Wiedereinstellungsgesetz 1950..... S 4—</p> <p>Heft 5: Epidemiegesetz 1950..... S 7—</p> <p style="text-align: center;"><b>1951:</b></p> <p>Heft 1: Agrarbehördengesetz 1950 ..... S 2—</p> <p>Heft 3: Paßgesetz 1951 ..... S 6—</p> <p>Heft 4: Kraftloserklärungsgesetz 1951 ..... S 4—</p> <p>Heft 9: Suchtgiftgesetz 1951 ..... S 4—</p> <p>Heft 10: Giftgesetz 1951 ..... S 6—</p> <p style="text-align: center;"><b>1952:</b></p> <p>Heft 2: Lebensmittelbewirtschaftungs- gesetz 1952 ..... S 7—</p> <p>Heft 3: Feuerschutzsteuergesetz 1952 ..... S 4—</p> <p style="text-align: center;"><b>1953:</b></p> <p>Heft 8: Sozialversicherungs-Überleitungs- gesetz 1953 — SV-ÜG. 1953 ..... S 28—</p> <p>Heft 9: Verwaltergesetz 1952 ..... S 7—</p> <p style="text-align: center;"><b>1956:</b></p> <p>Heft 2: Milchwirtschaftsgesetz 1956..... S 7:50</p> <p>Heft 3: Getreidewirtschaftsgesetz 1956 ..... S 6:50</p> <p>Heft 4: Viehverkehrsgesetz 1956 ..... S 6:50</p> <p style="text-align: center;"><b>1957:</b></p> <p>Heft 6: Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Kriegspfeerversorgungswesens ... S 26—</p> <p>Heft 7: Feiertagsruhegesetz 1957 ..... S 8—</p> <p style="text-align: center;"><b>1959:</b></p> <p>Heft 1: Arbeiterurlaubsgesetz 1959 ..... S 2:80</p> <p>Heft 3: Wasserrechtsgesetz 1959 — WRG. 1959. S 50—</p> <p style="text-align: center;"><b>1961:</b></p> <p>Heft 1: Heimarbeitsgesetz 1960 ..... S 62—</p>	<p style="text-align: center;"><b>1962:</b></p> <p>Heft 4: Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962 (GEG. 1962) ..... S 10—</p> <p>Heft 5: Gerichts- und Justizverwaltungsge- bührengesetz 1962 (GJGebGes. 1962). S 40—</p> <p style="text-align: center;"><b>1964:</b></p> <p>Heft 1: Hebammengesetz 1963 ..... S 12—</p> <p>Heft 2: Mühlengesetz 1963 ..... S 14—</p> <p style="text-align: center;"><b>1965:</b></p> <p>Heft 1: Verwaltungsgerichtshofgesetz 1965 — VwGG. 1965 ..... S 26—</p> <p style="text-align: center;"><b>1970:</b></p> <p>Heft 5: Musterschutzgesetz 1970 ..... S 18—</p> <p style="text-align: center;"><b>1971:</b></p> <p>Heft 1: Bundespräsidentenwahlgesetz 1971..... S 22—</p> <p style="text-align: center;"><b>1972:</b></p> <p>Heft 1: Bundesgesetz über das Bundesgesetz- blatt 1972 ..... S 12—</p> <p style="text-align: center;"><b>1973:</b></p> <p>Heft 1: Volksabstimmungsgesetz 1972 ..... S 30—</p> <p>Heft 2: Volksbegehrengesetz 1973 ..... S 28—</p> <p>Heft 3: Wählerevidenzgesetz 1973 ..... S 30—</p> <p style="text-align: center;"><b>1975:</b></p> <p>Heft 1: Strafprozeßordnung 1975 (StPO) ..... S 88—</p> <p style="text-align: center;"><b>1977:</b></p> <p>Heft 1: Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 (AIVG) ..... S 44—</p> <p style="text-align: center;"><b>1978:</b></p> <p>Heft 1: Wehrgesetz 1978 ..... S 65—</p> <p style="text-align: center;"><b>1979:</b></p> <p>Heft 1: Mutterschutzgesetz 1979 — MSchG .. S 50—</p> <p>Heft 2: Bundesgesetz über die Förderung poli- tischer Bildungsarbeit und Publizistik . S 35—</p> <p>Heft 3: Presseförderungsgesetz 1979 ..... S 30—</p>
--	--

Zu beziehen in der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung  
Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), Tel. 72 61 51, und durch alle Buchhandlungen